

Der Vollzugsdienst

2/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Glückwunsch an Dr. Katarina Barley zu ihrem Amt als Bundesministerin für Justiz

Der BSBD freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit

Seite 2

Peter Strobel übernimmt das Justizministerium im Saarland von Stephan Toscani

Feierliche Übergabe der Amtsgeschäfte

Seite 66

Sachsen-Anhalt sucht Nachwuchs für den Justizvollzug

Arbeitsplatz Knast – Land wirbt mit einer Kampagne um Anwärter

Seite 74



Das Ende des modernen Strafvollzuges?

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Baden-Württemberg



Brandenburg



Sachsen

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Das Ende des modernen Strafvollzuges ?
- 2 Herzlichen Glückwunsch Frau Bundesministerin Dr. Katarina Barley
- 2 Länderverbände des BSBD tagten in Prien am Chiemsee
- 4 Der Koalitionsvertrag aus seniorenpolitischer Sicht
- 4 Europa wächst zusammen – Themenland Slowakei
- 5 „Licht an – Ton ab – Kamera läuft! Gewerkschafter üben Umgang mit den Medien



LANDESVERBÄNDE

- 6 Baden-Württemberg
- 18 Bayern
- 19 Berlin
- 24 Brandenburg
- 27 Bremen
- 29 Hamburg
- 32 Hessen
- 40 Mecklenburg-Vorpommern
- 44 Niedersachsen
- 50 Nordrhein-Westfalen
- 64 Rheinland-Pfalz
- 66 Saarland
- 71 Sachsen
- 74 Sachsen-Anhalt
- 77 Schleswig-Holstein
- 80 Thüringen

FACHTEIL

- 86 Begriffsmerkmal der „Plötzlichkeit“ im Dienstunfallrecht



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	N. N.	
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 3/2018:



12. Juni 2018



Die Justiz in Sachsen-Anhalt wirbt um Nachwuchs

Arbeitsplatz Knast – Land wirbt mit Kampagne um Anwärter



Justizministerin Anne-Marie Keding und das Messe-Team des Justizvollzuges auf der „Chance“ in Halle.

JVA steht bei einer neuen Kampagne nicht nur klassisch für Justizvollzugsanstalt, sondern für Job – Verantwortung – Anspruch. Das Land sucht neue Bedienstete für die Gefängnisse. Und will etwas für deren Image tun.

Sachsen-Anhalt braucht mehr Beamte in den Gefängnissen und wirbt mit einer Kampagne um Nachwuchs. In den nächsten vier Jahren wollen wir bis zu 45 Anwärter pro Jahr einstellen, sagte Justizministerin **Anne-Marie Keding** (CDU) der *Deutschen Presse-Agentur* in Magdeburg.

Im Koalitionsvertrag war vereinbart worden, dass nicht nur die Altersabgänge ersetzt werden, sondern 100 Bedienstete hinzukommen sollen. Rund 1.000 Justizvollzugsbedienstete gibt es im Land.

Zuletzt war Personal abgebaut worden, die Einstellungszahlen waren niedrig. 2017 starteten 26 Anwärter, wie **Keding** sagte. In den Jahren 2014 und 2015 waren es jeweils nur zehn gewesen. Mit Flyern, Plakaten, auf Messen

und in sozialen Netzwerken solle nun um Nachwuchs für den Justizvollzug geworben werden. Offizieller Auftakt war im Februar bei der Berufsmesse „Chance“ in Halle.

Der **Bund der Strafvollzugsbediensteten** begrüßte die Initiative. Landeschef **Mario Pinkert** sagte: „Diese Ansätze sind sehr gut, die hätte ich mir früher gewünscht.“ In der Öffentlichkeit spielten die Nachwuchssorgen bei Lehrern und Polizisten eine große Rolle, der Justizvollzug bleibe aber im Hintergrund. **Pinkert** beklagte zudem das schlechte Image. Abwertend sei oft von Schließern und Wärtern die Rede.

Nicht jeder ist für den Job geeignet

„Wir wollen stärker ins Bewusstsein der Schüler und Berufsschüler hinein. Wir wollen sagen, das ist ein attraktives Arbeitsfeld, das ist ein attraktiver Beruf“, sagte **Keding**. „Es ist ein sehr abwechslungsreicher Bereich mit sehr viel Verantwortung.“ Es müsse aber deutlich werden, dass nicht jeder geeignet ist für

den Job. „Wir brauchen gestandene, in sich gefestigte Persönlichkeiten.“

Keding betonte, es würden nicht unbedingt 45 Anwärter pro Jahr eingestellt, es komme auf die Qualität an. „Dafür ist der Job viel zu verantwortungsvoll.“

Gewerkschaftschef **Pinkert** sieht das genauso. Die Anforderungen stiegen eher noch im täglichen Umgang mit den Gefangenen. Die Mitarbeiter hätten es mit psychologischen und medizinischen Problemen zu tun, mit Drogenproblemen und Fragen der Ausbildung der Gefangenen. Der Job sei sehr vielseitig.

Im vergangenen Jahr waren laut Ministerium 213 Bewerbungen eingegangen, die die formellen Voraussetzungen erfüllten. Genommen wurden schließlich 26 Bewerber. „Wir hätten gerne mehr eingestellt“, betonte **Keding**. Das Auswahlverfahren beinhalte ein Rollenspiel, einen schriftlichen Eignungstest, einen Sporttest und ein persönliches Gespräch.

Altersschnitt liegt bei 47 Jahren

„Wir haben jahrelang Personal abgebaut. Das war auch richtig.“ Der Personalabbau sei vollzogen worden, indem für ausscheidende Mitarbeiter keine neuen eingestellt wurden. Der Altersschnitt sei im Justizvollzug entsprechend hoch mit 47 Jahren. Eingerechnet sind auch die Anwärter. Das Pensionierungsalter für Justizvollzugsbedienstete liegt bei 60 Jahren.

Wer Justizvollzugsbeamter werden will, muss schon eine abgeschlossene Berufsausbildung mitbringen. Es folgt eine zweijährige Ausbildung. Das Mindestalter liegt bei 20 Jahren. Ministerin **Keding** betonte, dass Frauen wie Männer gesucht werden.

(Mit freundlicher Genehmigung der dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH, Hamburg, www.dpa.de)

Berufsmesse in Halle

Justizministerin Keding startet Kampagne

Magdeburg/Halle (MJ). Sachsen-Anhalt sucht Nachwuchs für den Justizvollzug. Justizministerin **Anne-Marie Keding** startete auf der Berufsmesse „Chance“ in Halle (Saale) eine Kampagne unter dem Motto „**Perspektive hinter Gittern? MIT SICHERHEIT.**“ Damit sollen junge Frauen und Männer auf einen attraktiven und anspruchsvollen Beruf aufmerksam gemacht werden. Dabei sollen Messen, die sozialen Medien und klassische Anzeigen ge-

nutzt werden. **Keding** sagt: „Wir wollen den Justizvollzug personell stärken und brauchen dafür frische Kräfte, die unseren gestandenen Vollzugsbeamten zur Seite stehen. Unsere Kampagne soll interessieren und authentisch informieren. Denn wer zu uns will, soll wissen, was sie oder ihn erwartet, denn es soll ein Job fürs Leben sein.“

In Halle standen am neu gestalteten Messestand Beamte des Justizvollzuges Rede und Antwort. Justizministerin **Keding** hatte die Eröffnung der Messe am Stand des Justizvollzuges begleitet.

(Ministerium für Justiz und Gleichstellung – Pressemitteilung Nr.: 008/2018)

Ein Wort dazu . . .

Endlich öffentliche Anerkennung des Berufes des Justizvollzugsbediensteten einfordern!

Schwere Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung und aggressive Gefangene: Der Beruf eines Justizvollzugsbeamten zählt nicht zu den begehrtesten. Sachsen-Anhalt kämpft seit Jahren mit großen Nachwuchssorgen. Die Personalsituation in den Vollzugsanstalten spitzt sich weiter zu. Wie kann die Attraktivität des Berufs gesteigert und die Ausbildungssituation im Justizvollzug verbessert werden. Es geht heute nicht nur darum, neue Stellen im Haushalt zu bekommen, sondern auch darum, Personal für diese Stellen gewinnen zu können.

Selbst wenn neue Stellen geschaffen werden, bleibt das Problem der Personalgewinnung. Die junge Generation setzt bei der Auswahl des Arbeitsplatzes ganz andere Schwerpunkte. Familie und Freizeit nehmen einen höheren Stellenwert ein, als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Auch fehlt es an öffentlicher Anerkennung des Berufes der Justizvollzugsbediensteten.

In den Köpfen der Menschen sind Justizvollzugsbeamte nur „Schließer“ und „Wärter“. Doch dass diese mit Engagement einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten, wird oft außer Acht gelassen. Auch die Wertschätzung durch die Politik fehlt.

Die Digitalisierung führt zu Veränderungen am Arbeitsmarkt. Online-Medien sind bei der Personalgewinnung längst unerlässlich. Dies sollte auch für den sachsen-anhaltischen Justizvollzug gelten. Ich könnte mir vorstellen, Online-Jobportale, soziale Netzwerke und die eigene Internetpräsenz zu nutzen, um die bisherigen „normalen“ Stellenausschreibungen zu ergänzen.

Das Zeitalter der Digitalisierung ist eine Chance für die Nachwuchsgewinnung, wenn man auf den richtigen Kanälen aktiv kommuniziert. Kurz gesagt: Die Bewerber müssen den Justizvollzug auf den Radar bekommen.

Mario Pinkert, **BSBD Sachsen-Anhalt**

„Perspektive hinter Gittern? Mit Sicherheit.“

Start der Kampagne „#BeaJVD“ zur Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug

Halle (MJ). – Sachsen-Anhalts Justizministerin Anne-Marie Keding hat auf der Berufsmesse „Chance“ in Halle eine Kampagne zur Gewinnung von Nachwuchs für den sachsen-anhaltischen Justizvollzug gestartet.

Keding sagte: „Ob in Dienstkleidung oder Zivil, ob im Allgemeinen Justizvollzug oder in der Verwaltung – wir bieten interessierten jungen Frauen und Männern die Chance, in einem spannenden, außergewöhnlichen Beruf zu arbeiten.“ Die Kampagne soll neugierig machen und über die verschiedenen Berufsbilder informieren.

Gesucht werden junge Frauen und Männer im Alter zwischen 20 und 36 Jahren mit Realschulabschluss oder Hauptschulabschluss mit Berufsausbildung für die Laufbahn des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes (AVD) und 18 bis 40-jährige Frauen und Männer mit Fachhochschul- oder Hochschulreife für den Allgemeinen Vollzugs- und Verwaltungsdienst (AVVD).

Ob im AVD bei der Arbeit an der Resozialisierung von Gefangenen im Stationsdienst, Vorführdienst, Besuchs- oder Revisionsdienst oder im AVVD bei Aufgaben im mittleren Management – der Dienst in der JVA steht für „Job

mit Verantwortung und Anspruch“. Für die Kampagne sollen Messen, die sozialen Medien und klassische Anzeigen genutzt werden. Unter www.BeaJVD.sachsen-anhalt.de stehen Fakten über Anforderungsprofil, Ausbildung und Perspektiven bereit.

Sachsen-Anhalt hat derzeit Justizvollzugsanstalten in Burg, Halle und Volkstedt und eine Jugendanstalt in Raßnitz. Für Halle ist ein JVA-Neubau geplant, der bis 2024 realisiert sein soll. Das Durchschnittsalter der Beamtinnen und Beamten liegt bei rund 47 Jahren.

(Ministerium für Justiz und Gleichstellung – Pressemitteilung Nr.: 009/2018)



Teilnehmer der Vorstandssitzung in Reppichau.

Fotos (3): BSBD-LV

Erweiterte Vorstandssitzung

Tagung an der „Wiege der Justiz“

Am 19.01.2018 fand die erste erweiterte Vorstandssitzung des neu gewählten Landesvorstandes des BSBD Sachsen-Anhalt statt.

Dazu trafen wir uns in Reppichau, dem Geburtsort von Eike von Regow. Vielleicht ist er dem einen oder anderen bekannt als Schöpfer des Sachsenspiegels. Es ist das älteste und bedeutendste Rechtsbuch aller Zeiten und eines der ersten Prosawerke in deutscher Sprache. Das Werk war auch die Grundlage der Rechtsprechung in ganz Deutsch-



Der Besuch im Ausstellungsraum „Kunstprojekt Sachsenspiegel – Kaisersaal“ in Reppichau war sehr interessant und informativ.

land sowie in Mittel- und Osteuropa. Leider sind der Einladung nach Reppichau nur vier Ortsverbandsmitglieder gefolgt, wobei der Landesvorstand vollzählig war. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden **Mario Pinkert** und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der Bestätigung der Tagesordnung wurden die Anwesenden über den Stand der bisher geleisteten Arbeit des Vorstandes informiert. Bisher fand ein Gespräch mit der Ministerin statt, in

dem sich der Landesvorstand vorstellte und sehr offen über wichtige Themen wie zum Beispiel: Dienstkleidung, Regelung der Bereitschaftszeiten, Einstellung von Personal, Abschiebehaft in Dessau u. a. sprechen konnte.

Mario Pinkert weiter: Noch liegt viel Arbeit vor uns, so muss beispielsweise die Homepage dringend überarbeitet werden, damit alle wichtigen Informationen die Mitglieder zeitnah erreichen. Laut Geschäftsführer **Torsten Gröne** ist

scheinbar noch nicht überall bekannt, dass die Geschäftsstelle nunmehr in der JA Raßnitz ist, so dass einige Informationen nicht ankommen. Auch die Zusammenarbeit mit dem **dbb** und **BSBD Bund** müssen wir wieder intensivieren und die Übergabe der Unterlagen des ehemaligen Vorstandes, sowie der Wechsel zur **BB-Bank** ist noch nicht abgeschlossen. Also, viel Arbeit liegt noch vor uns, aber gemeinsam schaffen wir das.

Dienstrechtsänderungen:

Koalitionäre erfüllen Forderungen des Beamtenbundes

Die besondere Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte im Polizei- und Justizvollzugsdienst soll einheitlich auf 62 Jahre angehoben werden.



dbb
beamtenbund
und tarifunion
sachsen-anhalt

Sie können zukünftig auf Antrag für jedes Dienstjahr, beginnend ab dem achten Jahr, in dem sie Schicht- und Wechselschichtdienst geleistet haben, einen Monat früher in den Ruhestand versetzt werden. Beamtinnen und Beamte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst erreichen den Ruhestand weiter mit Vollendung des 60. Lebensjahres. Auch der pauschale finanzielle Ausgleich in Höhe von 4.091 Euro wegen Erreichens der besonderen Altersgrenze wird weiter gewährt. Darauf haben sich die Koalitionsfraktionen **CDU, SPD** und **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** in einem Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Dienstrechts verständigt. Die Dienstrechtsänderungen werden

voraussichtlich in der Plenarsitzung im April beschlossen.

„Wir haben immer gesagt, dass eine unterschiedliche Anhebung der besonderen Altersgrenzen in den Vollzugsdiensten nach Besoldung oder Laufbahnzugehörigkeit rechtlich fragwürdig, wenig transparent und ungerrecht ist. Bei der Landesregierung sind wir mit unserer Kritik aber auf taube Ohren gestoßen. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass die Koalitionsfraktionen unserem Vorschlag gefolgt sind, die besonderen Belastungen dieser Vollzugsbediensteten durch einen früheren Ruhestandseintritt anzuerkennen. Die Kröte, dass sie erst ab dem achten Jahr Schichtdienst für jedes

Dienstjahr einen Monat früher in Pension gehen können, müssen wir schlucken“, sagte **dbb** Landeschef **Wolfgang Ladebeck**. Auch dass die besondere Altersgrenze der Feuerwehrbeamten im Einsatz nicht angehoben wird, sei kein Selbstläufer gewesen. Bis zuletzt gekämpft habe der Beamtenbund auch für den Erhalt der 4.091 Euro „Übergangsgeld“.

Die Koalitionsfraktionen schaffen mit Änderungen im Besoldungsgesetz auch endlich Gerechtigkeit für Diplomlehrerinnen und -lehrer. Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist um eine Regelung erweitert worden, nach der sogenannte „Stichtagsnichterfüller“ im Schuldienst besser bezahlt werden. Von der Regelung betroffen sind Diplomlehrerinnen und -lehrer, die ihr Studium in der **DDR** absolviert haben. Für die Lehrerverbände im **dbb** ist die Beseitigung dieser jahrzehntelangen Ungerechtigkeit lange überfällig.



Kredite ablösen und Wünsche erfüllen – Freiräume schaffen

Beamtendarlehen zu **Bestkonditionen bis 100.000 Euro & niedrigen Monatsraten**

Unverbindliches Angebot unter: **030 / 4081 6444** oder www.dbb-vorsorgewerk.de/bd



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Einer für Alle.

dbb

dbb

Werben Sie für Ihre
Fachgewerkschaft ...

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

... und der dbb belohnt Sie mit
einem Wertscheck und verlost
unter allen Werbern zusätzlich
einen attraktiven Sonderpreis.

(Aktionsschluss: 28. Februar 2019)

Infos:

www.dbb.de/mitgliederwerbung

Telefon: 030. 4081 - 40

Fax: 030. 4081 - 5599

E-Mail: werbeaktion@dbb.de



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

dbb
WERBEAKTION

2018